

mit gesellschaftlichem Pluralismus verträgt. Nein, Deutschland gehört genauso wenig der AfD wie irgendeiner anderen Partei. Wer eine solche Anmaßung in Reden formuliert, richtet sich gegen die Grundlagen der Demokratie.

Alexander Gauland (AfD):

»Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch Gott sei Dank in Anatolien entsorgen können.«

Quelle: Alexander Gauland in einer Wahlkampfrede am Wochenende vom 26./27. August 2017 im thüringischen Landkreis Eichsfeld über die damalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD)

Anlass für Gaulands Hassrede war eine Aussage der damaligen Ausländerbeauftragten Aydan Özoguz, wonach sie eine spezifisch deutsche Kultur abseits der deutschen Sprache nicht erkennen könne. Für alle, die Kultur als das Ergebnis ethnischer und völkischer Homogenität missverstehen, ein ungeheurer Affront. Dementsprechend echauffierte sich Alexander Gauland, dass eine solche Aussage von einer »Deutschtürkin« absolut unangemessen sei. Überhaupt über deutsche Kultur zu sprechen, stehe ihr nicht zu, weil sie selbst nicht Teil dieser deutschen Kultur sei, so der unausgesprochene Subtext. Die Metapher der Entsorgung weckt die Assoziation von menschlichem Müll. Anatolien ist die verächtliche Chiffre für den Ort, wo Frau Özoguz angeblich hingehört. Jene östliche Region in der Türkei, die vielen Deutschen als besonders rückständig gilt. Die Bemerkung lässt sich durchaus als Gewaltfantase verstehen. Nachdem sie im Eichsfeld war, nachdem man ihr die deutsche Kultur erklärt habe, werde diese Frau sicher nicht mehr dorthin zurückkommen. Nein, man werde sie dann in Anatolien »entsorgen« können, »Gott sei Dank«. Diese Drohung wurde völlig zu Recht als das skandalisiert, was sie ist: eine menschenverachtende Entgrenzung. Gauland und die AfD haben anschließend versucht, die Aussagen zu verharmlosen. »Entsorgen« sei ein üblicher Terminus in der politischen Auseinandersetzung. Er ist es nicht. Und es ist unverantwortlich, in dieser Weise Wut und Hass gegen eine Politikerin zu schüren.

Der Verlauf dieses Skandals ist typisch für den Umgang mit von AfD-Politikern ausgesprochenen Schmähungen. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen stellte Ermittlungen gegen Gauland ein. Begründung: Im Wahlkampf sei der Ton rauer und das Gesagte könne nicht ausschließlich im Sinne einer physischen Vernichtung interpretiert werden. Im Klartext: Zwar lässt sich die »Entsorgung« sehr wohl als Vernichtungsfantase verstehen, aber aufgrund einer angenommenen Mehrdeutigkeit entscheidet die Justiz im Sinne der freien Rede – auf Kosten der geschmähten Frau Özoguz. Auch als Person des öffentlichen Lebens hat Gauland seine Hassrede nicht geschadet.

Wie unsicher viele Medien im Umgang mit radikalen Grenzverletzern sind, offenbarte Frank Plasberg in seinem ARD-Talk »Hart aber fair«. ^[12] 17 Minuten lang arbeitete sich der Moderator unbeholfen an Gauland und dessen Aussage ab – ohne überzeugende Strategie, Haltung und Analyse. Gauland gab sich demonstrativ naiv und harmlos und kam damit durch. Nach der unbedarften Konfrontation mit seinem Zitat durfte er wieder als Experte für Sachfragen auftreten. Ein journalistischer Sündenfall, den Gauland als Triumph verbuchen konnte. Bei Reden vor AfD-Anhängern brauchte er danach nur noch den Namen von Aydan Özoguz zu erwähnen, um höhnische Verächtlichkeit zu provozieren. Es ist fatal, dass Gauland

und die AfD für die Verrohung des Diskurses nicht sanktioniert wurden. Die Grenze des Sagbaren wurde derart verschoben, dass nicht mal mehr perfide Angriffe auf die Menschenwürde und Unversehrtheit des Lebens nennenswerte Konsequenzen haben.

Stephan Brandner (AfD):

»Gibt es eigentlich Grüne, die 'n Schulabschluss und Hochschulabschluss haben?«

Quelle: Rede von Stephan Brandner am 12. September 2017 in Jena

Bevor Stephan Brandner im Januar 2018 zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Bundestag gewählt wurde, war er in seinen Reden bereits als Scharfmacher aufgefallen. Wie im September 2017 in Jena, als er Linke und Grüne als »Sekte« bezeichnete. Die rhetorische Frage, ob es bei den Grünen überhaupt jemanden mit einem Schulabschluss und Hochschulabschluss gebe, zeugt von einer tiefen Verachtung für den politischen Mitbewerber, der dessen Mitglieder als minderbemittelte Nichtsnutze darstellt. In der gleichen Rede behauptete Brandner, auf der Straße würde »der eine oder andere«, befragt nach den Grünen, an »Koksnasen« und »Kinderschänder« denken. Sein Zusatz, dass er sich das nicht zu eigen mache, wirkte wie ein billiger Trick, um diese ungeheuerliche Diffamierung einer ganzen Partei dann doch aussprechen zu können. Wer sich derart abfällig und respektlos gegenüber der politischen Konkurrenz äußert, diskreditiert sich als respektabler und wählbarer Demokrat. Trotzdem entschied sich im Bundestag eine Mehrheit des Rechtsausschusses auf Vorschlag von Thomas Oppermann (SPD) für die Wahl Brandners zum Vorsitzenden. Damit sollte den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprochen werden, weil die AfD bei der Bundestagswahl stärkste Oppositionspartei geworden war. Doch die Hoffnung, das parlamentarische Amt würde den AfD-Politiker zur Mäßigung verleiten, ging nicht auf. Stattdessen pöbelte Brandner unter dem Hashtag »Judaslohn« auf Twitter gegen den Sänger Udo Lindenberg, dem das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde. Der Sänger hatte zuvor auf Facebook harsche Kritik an der AfD geübt. Nach seinem Ausfall gegen den Künstler wählten die Vertreter der anderen Parteien Brandner im November 2019 als Ausschussvorsitzenden wieder ab. Das Bundesverfassungsgericht lehnte einen Eilantrag der AfD-Fraktion ab, Brandner vorläufig wieder ins Amt zu setzen. Die Causa Brandner erinnert daran, dass Regelbrecher in der Demokratie für ihr Verhalten nicht auch noch in Form von prestigeträchtigen Posten belohnt werden dürfen. Das Motiv der Ausschussmitglieder, der AfD keine Selbststilisierung als Opfer zu ermöglichen, ging in diesem Fall nach hinten los. Die AfD spielte sich trotzdem als Opfer auf, die Demokraten hatten sich blamiert. Sie sollten daraus lernen, dass es nicht Ausdruck demokratischer Kultur, sondern falsch verstandene Toleranz ist, Demokratieverächter in ein politisches Amt zu wählen.

Marc Jongen (AfD):

»Ich bin heute zum Leiter des fraktionsinternen Arbeitskreises »Kultur und Medien« gewählt worden. Es wird mir eine Ehre und Freude sein, dieses Amt auszuüben und die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen.«

Quelle: Marc Jongen auf Twitter am 23. Januar 2018

AfD-Politiker wie Björn Höcke haben politische und ethnische Säuberungen angedeutet. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, der als ideologischer Vordenker seiner Partei gilt, hat eine Art kulturelle Säuberung angekündigt. In den Kommunen und auch programmatisch greift die AfD immer wieder die freie Kulturszene an und fordert eine Art Nationalkultur, die eine positive Identifikation mit Volk und Nation befördern soll. Kritische Kulturschaffende werden mitunter sogar unter Extremismusverdacht gestellt wie vor den Kommunalwahlen in Leipzig, als Lokalpolitiker der AfD versuchten, die freie Kulturszene der Stadt zu diskreditieren und Fördergelder infrage zu stellen. Gesellschaftskritische Theaterleute gelten der AfD ähnlich wie Journalisten als Teil des linksgrünen Mainstreams, eines Komplexes, für deren Vertreter die Schmähvokabel »linksgrünversifft« kursiert. An diese Begrifflichkeit knüpft Jongen mit seiner Wortschöpfung »Entsiffung« an. Der Duden definiert »versifft« mit verschmutzt und verdreckt. Das Wort leitet sich von der Kurzform der »Syphilis« ab. Wer nach Synonymen sucht, stößt auf unrein, rüdig, mistig, ranzig, schäbig und kotig. Die vielfältige Kulturlandschaft als unhygienisch, sexuell verkommen und geradezu ekelhaft zu beschreiben ist nicht nur menschenverachtend, sondern ideologisch und strategisch begründet. Reinheit ist ein rechtsradikales Ideal, das sowohl für die ethnisch definierte Gesellschaft als auch für die Kultur angestrebt wird. Im Kampfbegriff »ethnokulturell« werden die beiden Ebenen sogar diskursiv miteinander verschmolzen. Beim neurechten Kulturkampf um eine vermeintlich saubere deutsche Kultur geht es aber wohlgerne nicht um einen theoretischen Diskurs, sondern um einen handfesten Angriff auf eine pluralistische Kultur. Die Ankündigung einer »Entsiffung« kann ganz konkret bedeuten, missliebigen Bühnen die Gelder zu streichen, kritische Intendanten zu entlassen, Kulturschaffende mit Migrationshintergrund zu diskriminieren, politischen Einfluss auf Spielpläne und Veranstaltungen zu nehmen und die öffentliche Förderpolitik am »ethnokulturellen« Reinheitsgebot auszurichten. Vielerorts fürchten Kulturschaffende genau das, sollte die AfD durch Wahlerfolge in die Lage versetzt werden, ihren markigen Worten auch kulturzensorische Taten folgen zu lassen. In ostdeutschen Kommunen gelingt es der AfD punktuell schon jetzt, mit ihren Stimmen soziokulturellen Vereinen, die sich für Vielfalt und gegen Diskriminierung engagieren, die kommunalen Fördergelder abzdrehen.

Rassistische Feindbilder, Anti-Islam und Antisemitismus

Alice Weidel (AfD):

»Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.«

Quelle: Rede von Alice Weidel im Bundestag am 16. Mai 2018

Kaum ein Debattenbeitrag zeigt anschaulicher, dass mit der AfD nicht nur schneidende Verächtlichkeit, sondern auch offener Rassismus in den Bundestag eingezogen ist als das Gerede über »Kopftuchmädchen« und »Messermänner«. Die Co-Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice Weidel, verknüpft in ihrem traurig berühmt gewordenen Statement zwei Diskurse: nämlich wirtschaftlichen Erfolg des Landes mit der multikulturellen Zusammensetzung der Gesellschaft. In ihrer Polemik konstruiert sie, dass Wohlstand, Wirtschaft und Sozialstaat durch religiöse Symbole und kriminelle Migranten bedroht seien. Pauschal werden muslimische Mädchen und Frauen von der AfD-Fraktionschefin als »Kopftuchmädchen« verunglimpft. Männliche Migranten stellt sie klischeehaft als mit Messern bewaffnete und diese auch nutzende Gestalten dar, die noch dazu alimentiert, also staatlich unterstützt, werden. Messer und ausländischer Mann verschmelzen in der Wortschöpfung »Messermänner« zu einer bedrohlichen Einheit von beachtlicher Größe. »Messermigration« ist ohnehin eine beliebte Floskel von AfD-Politikern, um männliche Einwanderer zu stigmatisieren, indem eine quasinatürliche Affinität zu Gewaltstraftaten konstruiert wird, die mit Messern begangen würden. »Masseneinwanderung« gleich »Messereinwanderung«, so die hetzerische Gleichung. Alice Weidel hat wohlkalkuliert antimuslimische Ressentiments in vorurteilsgetränkte, hochemotionale Rhetorik gegossen, indem sie Migrantinnen und Migranten in eine Reihe mit »sonstigen Taugenichtsen« gestellt hat. Mit all denen, so die Botschaft, sei kein Staat zu machen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble erteilte Weidel für ihre drastische Wortwahl einen Ordnungsruf. Doch Weidels Kalkül ging auf. Ihre Schmähung blieb im kollektiven Gedächtnis und prägte den Diskurs.

Trotz des schneidenden Tons und der bewusst inszenierten Stigmatisierung gesellschaftlicher Minderheiten gilt Alice Weidel vielen Journalisten und politischen Beobachtern in Abgrenzung zu Reizfiguren wie Björn Höcke weiterhin als eher »gemäßigt« und »bürgerlich«. Ähnlich wie bei Alexander Gauland gilt auch bei Alice Weidel der berufliche Werdegang mit Dokortitel und ehemaligen Arbeitgebern wie Goldman Sachs fälschlicherweise als Ausweis bürgerlicher Mitte. Sozialer Status und berufliches Prestige werden mit bürgerlichen Tugenden verwechselt. Dass natürlich auch Akademiker extreme Einstellungen haben können, gerät so aus dem Blick. Dagegen hat die Historikerin Anne Dippel,

eine ehemalige Kommilitonin Weidels, in einem Porträt für die Wochenzeitung Freitag ein ganz anderes Bild der AfD-Politikerin gezeichnet.^[13] Seit sie sich in der Graduiertenförderung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung kennengelernt hatten, habe sie mit Weidel politische Diskussionen geführt. »Ihr Denken verachtet die Menschenwürde zutiefst«, bilanziert die ehemalige Weggefährtin: »Es besitzt ein verzerrtes und verengtes Verständnis davon, was Deutschsein heißt.« Die Historikerin empfiehlt, nicht Weidels sorgsam gehegtem Image einer Wirtschaftsliberalen im strengen Business-Look auf den Leim zu gehen. De facto propagiere Weidel eine Politik, die im Kern Rassenhass und Elitismus vertrete. Mit ihren Worten von den »Kopftuchmädchen« und »alimentierten Messermännern« hat Weidel jedenfalls einen parlamentarischen Ton gesetzt, der grundlegenden Respekt vermissen lässt und Minderheiten unverhohlen an den Pranger stellt. In ihren hässlichen Worten zeigt sich ungeschminkt der rassistische Blick der AfD auf Minderheiten.

Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

»In einem mittelalterlichen Gleichnis wird der Teufel als ein Specht vorgestellt, der von Baum zu Baum fliegt. Bei gesunden Bäumen, also Menschen von gesundem Glauben, kann er sich nicht einnisten. Aber in den Bäumen, die innerlich krank sind, dort baut er sein Nest. Mit dem Islam in Europa ist es ähnlich, will ich meinen. In Russland, in Polen, in der Slowakei, also in den Ländern, die noch nicht so sehr vom Virus der Beliebigkeit, der Dekonstruktion und der sozialen Zersetzung befallen sind, in diesen Ländern, die noch Substanz haben, die noch so etwas wie Stolz auf das Eigene kennen, hat der Islam keine Chance. In Westeuropa aber, in unseren kranken Gesellschaften, kann er sich einnisten, kann seine Parallelgesellschaften bilden, die wie ein Baumpilz am Stamm der deutschen Eiche wuchern, und damit ist der Islam letzten Endes doch nichts anderes als ein Symptom unserer eigenen Schwäche.«

Quelle: Rede von Hans-Thomas Tillschneider beim Kyffhäusertreffen des Flügels am 2. September 2017

Im Mai 2016 buhte die AfD bei ihrem Stuttgarter Parteitag nicht nur Redner aus, die sich für einen Dialog mit dem Islam aussprachen, sondern beschloss auch einen rigorosen Anti-Islam-Kurs.^[14] Als treibende Kraft dieser Radikalisierung gilt der promovierte Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider. Auf jenem denkwürdigen Parteitag meldete sich der Landtagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt damit zu Wort, dass der Islam sich nicht auf die Religionsfreiheit berufen könne, weil er kulturell fremd sei. Eine Auffassung, die in eklatanter Weise das Grundgesetz missachtet, das dieses Grundrecht nicht an irgendwelche kulturellen Bedingungen knüpft. Grundrechte gelten im Gegenteil für alle Menschen, völlig egal, was und an wen sie glauben.

In seiner Rede beim Kyffhäusertreffen ein Jahr nach dem Anti-Islam-Parteitag hat Tillschneider den Islam dämonisiert. Mit dem Islam in Europa verhalte es sich ähnlich wie in einem Gleichnis, in dem der Teufel in Gestalt eines Spechts erscheint. Nur in »kranken Gesellschaften« wie jenen Westeuropas habe dieser angeblich teuflische Islam eine Chance, sich einzunisten. Nur hier könnten »Parallelgesellschaften« wuchern, ähnlich einem »Baumpilz am Stamm der deutschen Eiche«. Die Metaphern von Virus und Pilzbefall und Krankheit lassen den Islam als schädliche, ja gefährliche Plage erscheinen, die das Volk in Gestalt des nun befallenen und bald umfallenden Eichenstammes auszulöschen imstande ist. Es verbietet sich, eine Weltreligion als Krankheit zu beschreiben, aber bei der